

12.07.2010

Eilantrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Nordrhein-Westfalen muss Aufsteigerland bleiben – Reformerfolge der letzten fünf Jahre bewahren

Nordrhein-Westfalen ist ein erfolgreiches Bundesland. Das ist die Leistung der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von über 541 Milliarden Euro (Jahr 2008) ist Nordrhein-Westfalen das wirtschaftlich erfolgreichste Land Deutschlands. 25 der 50 umsatzstärksten deutschen Unternehmen sind mit ihrem Hauptsitz am Standort Nordrhein-Westfalen vertreten. Nordrhein-Westfalen ist auch ein Land des Mittelstandes mit 763.000 kleinen und mittleren Unternehmen. Mit 67 Hochschulen und mehr als 100 außeruniversitären Forschungsinstituten ist Nordrhein-Westfalen der führende Wissenschaftsstandort in Deutschland. Nordrhein-Westfalen ist darüber hinaus ein ausgezeichnete Kulturstandort mit einer Dichte an Museen, Kulturzentren, Konzerthäusern und Theatern, die im globalen Vergleich zur Spitze gehört.

Die zurückliegenden fünf Jahre waren erfolgreiche Jahre für Nordrhein-Westfalen. Vielen Menschen geht es heute besser als vor dem Jahr 2005. Der Reformstau wurde aufgelöst. Und die Stärken Nordrhein-Westfalens sind mit einer Vielzahl notwendiger und richtungweisender Entscheidungen weiter ausgebaut worden. Damit wurde erreicht, dass Nordrhein-Westfalen für die Zukunft gut gerüstet ist und die Chance hat, gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hervorzugehen und die umweltfreundlichste Industrieregion in Europa zu werden. Das darf jetzt nicht gefährdet werden.

Erholung auf dem Arbeitsmarkt

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ist Nordrhein-Westfalen auf dem richtigen Weg. Trotz der globalen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise haben wir heute rund 287.000 Arbeitslose weniger als im Mai 2005. Und gegenüber Mai 2005 haben wir heute über 227.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Datum des Originals: 12.07.2010/Ausgegeben: 12.07.2010

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Haushaltskonsolidierung vorangetrieben

Im Jahr 2005 wurde die Konsolidierung der Landesfinanzen erfolgreich eingeleitet. Das Jahr 2008 war mit einer Nettoneuverschuldung von 1,13 Milliarden Euro das beste Haushaltsjahr seit 1973. Das heißt, in nur drei Jahren konnte die Neuverschuldung um 83 Prozent zurückgeführt werden. Gleichzeitig wurde im Jahr 2008 für zukünftige Risiken aus der Finanzmarktkrise mit 1,3 Milliarden Euro eine angemessene Vorsorge getroffen. Ohne die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise wäre im Landeshaushalt 2008 ein Überschuss von 164 Millionen Euro erwirtschaftet worden.

Erfolgreicher Bürokratieabbau

Mit der im Jahr 2005 begonnenen Verwaltungsstrukturreform wurde die Verwaltung in Nordrhein-Westfalen schlanker, bürgerfreundlicher und leistungsstärker ausgerichtet. Rund 140 bislang selbständige Behörden und Einrichtungen wurden aufgelöst. Ein Großteil der bislang staatlichen Aufgaben wurde getreu dem Subsidiaritätsprinzip kommunalisiert, so dass die bürgernahste Verwaltungseinheit, die zugleich auch die größte Sachnähe hat, mit den Angelegenheiten befasst ist. Mit der Einrichtung einer Normprüfstelle in der Landesregierung wurden rund 400 Gesetze und Verordnungen abgeschafft, zusammengefasst oder verhindert.

Neue Priorität für Bildung

Mit dem neuen Schulgesetz ist die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt gerückt worden. Seit dem Jahr 2005 wurde der Schulhaushalt um mehr als zwei Milliarden Euro angehoben. Mittlerweile ist der Haushalt des Ministeriums für Schule und Weiterbildung mit mehr als 26 Prozent der größte Einzelhaushalt des Landes. Laut Bildungsfinanzbericht 2009 ist der Anteil der Bildungsausgaben (Elementarbereich, Schule, Hochschule) am Landeshaushalt in Nordrhein-Westfalen mit 40,5 Prozent der höchste aller Bundesländer. Neben den bereits seit 2005 neu geschaffenen 8.124 Lehrerstellen wurden die bis zum Jahr 2010 entstandenen Demographiegewinne von rund 9.200 Stellen im Schulsystem belassen. Zudem konnte gegenüber dem Jahr 2005 der Unterrichtsausfall fast halbiert werden.

Ausbau der U3-Betreuung

Dass die frühkindliche Bildung finanziell und in der politischen Wahrnehmung an Bedeutung gewonnen hat, gehört ebenfalls zur Leistungsbilanz der letzten Legislaturperiode. Während es im Jahr 2005 nur 11.800 Betreuungsplätze für unterdreijährige Kinder gab, ist das Angebot in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich ausgebaut worden: Ab dem 1. August 2010 stehen nahezu 90.000 Plätze für Unterdreijährige zur Verfügung, die vom Land mitfinanziert werden. Bereits im laufenden Kindergartenjahr konnten alle von den Kommunen gemeldeten Bedarfe zur Betreuung der Unterdreijährigen erfüllt werden.

Gründung von Familienzentren

Mit den Familienzentren und der Sprachförderung beschreitet Nordrhein-Westfalen als bislang einziges Bundesland neue Wege in der frühkindlichen Bildung. 84 Prozent der Eltern zeigen sich nach einer wissenschaftlichen Untersuchung hoch zufrieden mit der Arbeit der derzeit bestehenden 1.750 Familienzentren. Bis zum Jahr 2012 sollen rund 3.000 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren ausgebaut werden. Zum 1. August 2010 werden es bereits 2.000 sein. Damit ist Nordrhein-Westfalen seinem Ziel, das kinder- und familienfreundlichste Bundesland zu werden, einen großen Schritt näher gekommen und verfügt im Bundesvergleich über das dichteste Netz zur Unterstützung junger Familien.

Auf dem Weg zum Verbraucherschutzland Nummer Eins

Auch im Verbraucherschutz hat Nordrhein-Westfalen in den letzten fünf Jahren Maßstäbe gesetzt. Kein anderes Land stellt mehr Mittel für den Verbraucherschutz bereit. Mit 57 Beratungsstellen der Verbraucherzentrale NRW gibt es landesweit Anlaufstellen für die Verbrau-

cherinnen und Verbraucher. Für die Verbraucherzentrale NRW wurde zudem - das ist bundesweit ebenfalls einmalig - eine langfristige finanzielle Vereinbarung getroffen. Das schafft Planungssicherheit.

Sozialverträglicher Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau

Mit der im Jahr 2007 zwischen Bund und Land getroffenen Vereinbarung wird der subventionierte Steinkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen spätestens im Jahr 2018 sozialverträglich und ohne weitere Belastungen für den Landeshaushalt auslaufen. Bereits ab dem Jahr 2015 bestehen für das Land Nordrhein-Westfalen keine Verpflichtungen zur Zahlung von Absatzbeihilfen mehr. Durch die Übertragung der Anteile an der RAG auf eine Stiftung wurde darüber hinaus eine nachhaltige Lösung zur Deckung der sogenannten Ewigkeitslasten gefunden.

Förderpolitik neu ausgerichtet

Mit dem Ziel 2-Programm stehen für die Förderperiode der Jahre 2007 bis 2013 für die regionale Strukturpolitik landesweit rund 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Vergabe der Fördermittel erfolgt nunmehr im Grundsatz in Wettbewerbsverfahren, um die besten Ideen und Projekte fördern zu können.

Innovations- und Wissenschaftsstandort gestärkt

Seit dem Jahr 2006 wurden 19 neue Spitzenforschungsinstitute in Nordrhein-Westfalen gegründet. Durch den Ausbau der Fachhochschulen werden 11.000 neue Studienplätze in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Hierzu wurden vier neue Fachhochschulen gegründet und acht bestehende Standorte ausgebaut. Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz haben die Hochschulen eine neue Autonomie und Selbstverantwortung erhalten. Das stärkt die Profilbildungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen.

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der von SPD und Grünen vorgelegte Koalitionsvertrag ist ein Signal zur fortschrittsfeindlichen Blockadepolitik und ein Dokument der Gestaltungsverweigerung mit verheerenden Auswirkungen auf die Zukunft unseres Landes. Die Vereinbarung mit ihren zahlreichen Absichtserklärungen ist ein Akt rückwärtsgewandter Politik, mit der Nordrhein-Westfalen auf den Stand des Jahres 2005 zurückversetzt werden soll.
2. SPD und Grüne steuern mit über neun Milliarden Euro auf die höchste Neuverschuldung in der Geschichte des Landes zu, um Wahlversprechen und die Rücknahme der seit dem Jahr 2005 erreichten Reformen zu finanzieren. SPD und Grünen fehlt der Mut, eigene Vorschläge zur weiteren Konsolidierung der Landesfinanzen zu entwickeln. Stattdessen werden Bundesratsinitiativen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer und zur Erhöhung der Einkommensteuer angekündigt.
3. Mit neuen Behörden, Beiräten, Gesetzen und zusätzlichen Genehmigungsverfahren wird der seit dem Jahr 2005 aufgelöste Reformstau wiederbelebt. Damit werden bestehende Arbeitsplätze gefährdet und die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert.
4. Der sogenannte "Stärkungspakt Stadtfinanzen" ist nichts anders als ein Verschuldungspakt auf Kosten des Landeshaushaltes. Damit werden die strukturellen Haushaltsprobleme der Kommunen nicht gelöst.
5. Was SPD und Grüne in den Bereichen Energie und Klimaschutz planen, ist ein getarnter Anschlag auf den Energie- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Der Bau neuer hochmoderner und emissionsarmer Kohlekraftwerke in Nordrhein-

Westfalen ist in akuter Gefahr, das Kraftwerkserneuerungsprogramm steht vor dem Aus. Es droht der Rückfall in die Blockadepolitik früherer rot-grüner Regierungszeiten.

6. Die vorgesehenen bildungspolitischen Maßnahmen, vor allem die geplante schrittweise Beseitigung von leistungsfähigen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, beeinträchtigen die Chancen- und Leistungsgerechtigkeit des Schulsystems. Sie schaden den individuellen Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler und gefährden damit die Zukunftsperspektiven von Nordrhein-Westfalen.
7. Die vorgesehene Ökologisierung der Landwirtschaft spielt die verschiedenen Bewirtschaftungsformen der Landwirtschaft gegeneinander aus. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen gefährdet. Der Koalitionsvertrag baut längst überwundene Gegensätze im Bereich der Umwelt- und Naturschutzpolitik wieder auf.

II. Der Landtag beschließt:

1. Nordrhein-Westfalen braucht stabile und sichere politische Verhältnisse und keine ideologiegetriebenen Experimente, die die Einheit der Gesellschaft gefährden.
2. Berechenbare politische Verhältnisse sind die Basis für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen im globalen Standortwettbewerb, für den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit, die weitere Konsolidierung der Landesfinanzen, die Anpassung der Verkehrsinfrastruktur und eine zukunftsgerechte Weiterentwicklung des gegliederten Schulsystems.
3. Zur Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung müssen alle Maßnahmen unterbleiben, die den Energie- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen bedrohen und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der mittelständischen Wirtschaft gefährden.
4. Der Konsolidierungspfad darf nicht verlassen werden. Eine zügellose Verschuldungspolitik zur Finanzierung von Wahlversprechen und die Rücknahme erreichter Reformen ist ein Irrweg auf Kosten der Zukunft unserer Kinder - eine Hypothek für die zukünftigen Generationen.

Karl-Josef Laumann
Peter Biesenbach

und Fraktion

Dr. Gerhard Papke
Ralf Witzel

und Fraktion